



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 22.10.2024**

<b>Ort:</b>	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:45 Uhr

### **Anwesende Personen**

**Vorsitzender:**

Bodner, Nicola

**Ordentliche Mitglieder:**

Drescher, Michael  
Eisenbusch-Costerousse, Dagmar  
Frensch, Kristin  
Gettwert, Volker, Dr.  
Gutgesell, Andreas  
Hörter, Frank  
Hruschka, Andreas  
Kolb, Thorsten  
Konstandin, Angelika  
Lüthje-Lenhardt, Monika  
Nickles, Helmut  
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.  
Reeb, Tilo  
Reichenbacher, Nina  
Ringwald, Markus  
Rothweiler, Edelbert  
Schaier, Barbara  
Schwab, Petra  
Schwarz, Simon  
Vortisch, Volker Hans  
Wenz, Jonathan

**Schriftführerin:**

Riegel, Sarah

**Verwaltung:**

Bauer, Christian  
Dickemann, Niklas  
Müller, Rüdiger  
Pöschl, Marcus  
Seifert, Alina  
Sturm, Thomas

**Ortsbeauftragte/r | Orts-  
vorsteher/in:**

Oberle, Gebhard



**Nichtanwesende Personen**

**Ordentliche Mitglieder:**

Rendes, Markus - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 11.10.2024.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 17.10.2024.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderat Klaus-Helimar Dr. Rahn  
Gemeinderat Jonathan Wenz



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Lärmsanierungsprogramm Deutsche Bahn **BV/496/2024/1**
  - Abstimmung weiteres Vorgehen
  - Beratung und Beschlussfassung
3. Lärmaktionsplanung 4. Runde **BV/497/2024/1**
  - Vorstellung Zwischenbericht und Beschluss zur Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung
4. Elternbeiträge in den Schülerhorten **BV/492/2024/3**
  - Beratung und Beschluss
5. Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen **BV/493/2024/3**
  - Beratung und Beschluss
6. Friedhofsatzung der Gemeinde Pfinztal **BV/502/2024**
  - Kalkulation der Bestattungsgebühren
  - Beratung und Beschlussfassung
7. Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung) **BV/382/2024/1**
  - Beratung und Beschlussfassung
8. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) **BV/384/2024/1**
  - Beratung und Beschlussfassung
9. Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS) **BV/504/2024**
  - Beratung und Beschlussfassung
10. Anpassung Preisliste Hallenbad Söllingen ab 2025 **BV/479/2024/1**
  - Beratung und Beschlussfassung
11. Mitteilungen der Bürgermeisterin
12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Ein Bürger** aus Berghausen äußert sich zur geplanten Lärmsanierung der Deutschen Bahn. Die Empfehlung des Technik- und Umweltausschusses hätte gelautet, dem nicht zuzustimmen, da die Pro- und Kontrapunkte für Lärmschutzwände nicht stichhaltig seien. Er appelliere für eine Lärmschutzwand.

**Ein Bürger** aus der Reetzstraße in Söllingen äußert sich ebenfalls zu den Lärmschutzwänden. Er befürworte diese, viele Wissen jedoch noch gar nichts von diesem möglichen Vorhaben. Wenn jeder Betroffene selbst neue Fenster einbauen müsste, wären die Kosten für den Einzelnen sehr hoch.

**Eine Bürgerin** aus der Reetzstraße in Söllingen beschwert sich über die Parksituation. Es gebe viel zu wenig Parkplätze.

**Ein Bürger** aus Söllingen möchte wissen, ob die Gemeinde das Projekt Parkraumkonzept oder Pfinztal 2035 priorisiere.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, das eine schließe das andere nicht aus. Mobilität würde sowohl Autos, Fußgänger als auch Fahrradfahrer einschließen.

## 2. Lärmsanierungsprogramm Deutsche Bahn - Abstimmung weiteres Vorgehen - Beratung und Beschlussfassung

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein. Das Thema sei bereits im Ausschuss vorgestellt worden.

**Gemeinderätin Frensch** kommentiert zur Vorlage, dass sich die Mehrheit der betroffenen Bürger gegen eine Lärmschutzwand aussprechen würden.

**Herr Schmid** erklärt, dass die Gemeinde keine Erhebung vorgenommen hätte. Es seien einige Bürger befragt worden, welche sich dagegen ausgesprochen hätten. Dies sei eine Wortmeldung in der Ausschusssitzung gewesen.

**Gemeinderat Vortisch** sagt, dass es bei der Bürgerversammlung und auch bei den bisherigen Sitzungen keine positiven Rückmeldungen gegeben hätte. Betroffene hätten sich in den entsprechenden Sitzungen früher melden sollen. Es hätte den Anschein gehabt, dass die Bürgerschaft kein Interesse an diesem Thema gehabt hätte. Das Gremium sei sich im Klaren, dass Lärmschutz wichtig sei und sich Betroffene ggf. selbst kümmern müssten.

**Gemeinderat Hörter** stimmt den Aussagen von Gemeinderat Vortisch zu. Man sei in den Beratungen zum Entschluss gekommen, dass durch die Lärmschutzwände für die Gemeinde mehr Nachteile als Vorteile entstehen würden. Beispielsweise würde sich das Ortsbild massiv ändern. Der Lärm würde auch nicht verschwinden, sondern nur umgelenkt werden. Ein negativer Aspekt seien auch die Folgekosten für z.B. die Grünpflege. Die CDU werde der Maßnahme nicht zustimmen.

**Gemeinderätin Reichenbacher** äußert, dass sie viele negative Rückmeldungen aus Söllingen und Kleinsteinbach erhalten und diese auch an die Verwaltung weitergegeben hätten.



**Gemeinderat Rothweiler** meint, dass Lärm sehr subjektiv wahrgenommen werde. Er sei selbst Bewohner an der Bahn und an einer Hauptstraße. Der größte Nachteil der Lärmschutzwände sei die optische Wirkung. Es müsse also abgewogen werden, ob die Aussicht oder die Verbesserung der Wohnsituation wichtiger sei. Auch die Lösung der Deutschen Bahn sei nicht perfekt. Er möchte wissen, ob der Passivschutz garantiert sei, wenn die Lärmschutzwände abgelehnt werden würden. Die Fraktion werde unterschiedlich abstimmen.

**Amtsleiter Bauer** antwortet, dass die Deutsche Bahn zugesagt hätte, mit den Anwohnern erneut in Kontakt zu treten, sollten die Lärmschutzwände abgelehnt werden. Eigentümer, die Interesse an passivem Schutz hätten, könnten sich melden. Die Deutsche Bahn würde dann die Situation begutachten und beurteilen, ob Maßnahmen geeignet wären. Die Maßnahmen würden dann zu 75 % bezuschusst werden. Diese Möglichkeit bestehe aber auch dann, wenn man sich für Lärmschutzwände entscheiden würde.

**Gemeinderat Schwarz** ist der Meinung, dass die Umfrage der Bürgerliste kein Argument sei, da die Zahl der Befragten nicht ausreichend sei. Lärm sei eine Gesundheitsbelastung. Diese Belastung durch den Bahnverkehr würde auch weiter zunehmen, da man möchte, dass die Belastung der Straße abnimmt. Lärmschutz sei deshalb sehr wichtig. Er möchte wissen, ob man sich auch nur für einen Teil der Lärmschutzwände entscheiden könne.

**Amtsleiter Bauer** antwortet, dass das Gremium auch nur der teilweisen Errichtung von Lärmschutzwänden zustimmen könne. Die Deutsche Bahn sei bei der Ausführung nicht festgelegt.

**Gemeinderätin Reichenbacher** reagiert auf die Aussage von Gemeinderat Schwarz, dass alle Bewohner der Bahn in den Ortsteilen Kleinsteinbach und Söllingen die Umfrage ausgefüllt hätten. Auch dürfe man die Folgekosten nicht außer Acht lassen.

**Bürgermeisterin Bodner** äußert, dass die Gemeinde die Folgekosten zahlen müsse, auch wenn die Deutsche Bahn die Lärmschutzwände übernehme.

**Gemeinderat Ringwald** hat den Eindruck, dass über die teilweise Errichtung bisher noch nicht diskutiert worden sei. Er möchte wissen, was heute beschlossen werden müsse, damit man die Ausführung noch offen lassen und darüber nachdenken könne.

**Amtsleiter Bauer** sagt, dass die Deutsche Bahn die Aussage benötige, ob man sich für oder gegen die Lärmschutzwände entschieden hätte und in welchem Ausmaß. Dies müsse auch konkret mitgeteilt werden.

**Gemeinderat Dr. Gettwert** möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, ein Meinungsbild der Anwohner durch ein Anschreiben einzuholen.

**Amtsleiter Bauer** fragt, wer dies durchführen solle. Hilfreich wäre, wenn die Politik die Umfrage durchführen und die Verwaltung die Ergebnisse veröffentlichen würde.

**Gemeinderat Dr. Gettwert** reagiert, dass die Politik keinen Zugang zu den Meldedaten hätte.

**Amtsleiter Bauer** sagt, dass dies geprüft werden müsse. Es sei aber mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden und die Deutsche Bahn benötige eine schnelle Rückmeldung.

**Gemeinderätin Eisenbusch** stimmt den Ausführungen von Gemeinderat Ringwald zu. Bei ihr seien bisher nur negative Rückmeldungen angekommen. Bisher sei aber nicht bekannt gewesen, dass man auch nur teilweise errichten könne. Die Entscheidung hätte hohes Kon-



fliktpotential.

**Amtsleiter Bauer** trägt bei, dass die Deutsche Bahn von Beginn an kommuniziert hätte, dass die Maßnahme auch gestückelt werden könne.

**Gemeinderat Dr. Rahn** erwähnt, dass sich in der Ausschusssitzung hierzu einige Bürgerinnen und Bürger zu Wort gemeldet hätten, und die Entscheidung des Ausschusses begrüßt hätten. Außerdem möchte er dringend vor einer Stückelung warnen, da diese Entscheidung starke Konflikte mit sich bringen würde.

**Gemeinderat Schwarz** spricht sich gegen eine Umfrage aus.

**Gemeinderat Nickles** meint, dass Bürgerinnen und Bürger zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung eingeladen worden seien und kaum jemand da war. Außerdem sei im Ausschuss eine Entscheidung getroffen worden, diese solle umgesetzt werden.

**Gemeinderat Drescher** sagt, dass die Deutsche Bahn Vertragspartner sei und diese auch eigene Interessen hätten. Für die Bahn sei es einfacher, eine Wand zu bauen, als mit den Eigentümern individuelle Lösungen zu finden. Er sei für die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

**Gemeinderat Hörter** trägt vor, dass nicht nur die direkten Anwohner der Bahnlinie betroffen seien. Das Problem könnte auch verlagert werden. Außerdem seien die Folgekosten auch noch nicht bekannt.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

**Amtsleiter Bauer** fragt, wer einer Vertagung zustimme.

**Ja-Stimmen: 7                      Nein-Stimmen: 14                      Enthaltungen: 1**

**Gemeinderat Ringwald** beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten zur Beratung der Fraktionen.

**Bürgermeisterin Bodner** gibt dem statt.

**Amtsleiter Bauer** sagt vor der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt, dass an die Verwaltung herangetragen worden sei, der Empfehlung des Technik- und Umweltausschusses zu folgen.

### **Beschluss:**

**Der Gemeinderat entscheidet sich gegen die Aufstellung von Lärmschutzwänden im Rahmen der Lärmschutzplanung der Deutschen Bahn.**

**Ja-Stimmen: 14                      Nein-Stimmen: 3                      Enthaltungen: 5**



### 3. **Lärmaktionsplanung 4. Runde** **- Vorstellung Zwischenbericht und Beschluss zur Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung**

**Bürgermeisterin Bodner** eröffnet den Tagesordnungspunkt und erklärt, dass auf einen Fachvortrag verzichtet werde, da das Thema bereits intensiv im Technik- und Umweltausschuss vorgestellt worden sei.

**Gemeinderat Hörter** sagt, der Plan sei bereits vorgestellt worden, jetzt gehe es um die Bürgerbeteiligung. Er würde den Flüsterasphalt noch etwas kritisch sehen, da es bereits negative Erfahrungen anderer Kommunen gebe. Ansonsten werde Zustimmung erteilt.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** erteilt ebenfalls Zustimmung.

**Gemeinderat Reeb** erteilt Zustimmung, hat aber noch einen Verbesserungsvorschlag. In Wöschbach solle einheitlich Tempo 30 gelten, nicht teilweise 20 km/h und teilweise 30 km/h.

**Gemeinderat Dr. Gettwert** möchte wissen, ob die Geschwindigkeit auch kontrolliert werde.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, dass man mobile Blitzgeräte beantragen könne, dies müsse aber über das Landratsamt laufen.

**Herr Zengin** erklärt, dass die unterschiedlichen Tempozone etwas mit der Beschaffenheit des Bodens zu tun hätten. Sollte man sich zukünftig für Pflaster entscheiden, könnten einheitlich 30 km/h angeordnet werden.

**Gemeinderat Nickles** spricht sich gegen die Aufteilung in eine 20er Zone und eine 30er Zone aus.

**Gemeinderat Schwarz** teilt mit, dass er sich auf den Bericht verlassen würde. Es gehe um Lärmschutz und nicht um die Vorteile der Autofahrer.

#### **Beschluss:**

1. Die Lärmaktionsplanung (Lärmaktionsplan Stufe 3 vom März 2021) ist gem. § 47d Abs. 5 BImSchG fortzuschreiben (Lärmaktionsplanung 4. Runde). Der Gemeinderat beschließt die Fortschreibung der Lärmaktionsplanung auf Basis des Zwischenberichts (Stand: September 2024).
2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 47d Abs. 3 BImSchG sowie die Beteiligung der Behörden / Träger öffentlicher Belange gem. § 47d Abs. 6 i. V. m. § 47 Abs. 6 BImSchG ist durchzuführen. Der Zeitpunkt wird in das Ermessen der Verwaltung gestellt.

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.**



#### 4. Elternbeiträge in den Schülerhorten - Beratung und Beschluss

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** beantragt, über die Tagesordnungspunkte Ö4 und Ö5 gemeinsam zu beraten.

**Bürgermeisterin Bodner** stimmt dem zu, die Abstimmung müsse aber getrennt erfolgen.

**Stv. Amtsleiterin Schlia** fasst den Sachverhalt anhand einer Präsentation kurz zusammen. Im Finanzausschuss sei bereits über die Anpassung beraten worden. Es würden zwei Anträge hierzu vorliegen. Beide Anträge sind in einer Übersicht gegenübergestellt.

**Die Synopse zu den Anträgen ist dem Protokoll als Anlag 2 beigefügt.**

**Gemeinderätin Eisenbusch** erklärt, dass das Betreuungssystem in Pfinztal sehr groß sei. Aber auch die Kosten hierfür seien für die Gemeinde durch beispielsweise Ausbauten sehr hoch. Der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung beinhaltete eine Erhöhung von 27 %. Dies wäre nicht zumutbar gewesen. Man würde jetzt versuchen, einen Mittelweg zu gehen. Die SPD würde zu ihrem Antrag stehen.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** stimmt einigen Aussagen von Gemeinderätin Eisenbusch zu. Ihrer Meinung nach, sollte Bildung eigentlich kostenlos sein. Dies würde die Haushaltslage aber nicht zulassen. Deshalb wird eine maximale Erhöhung von 5 % und keine Änderung der Staffelung vorgeschlagen.

**Gemeinderätin Schwab** möchte wissen, warum sich der Deckungsbeitrag verringert hätte zu vorher.

**Stv. Amtsleiterin Schlia** antwortet, dass dies an den höheren Aufwendungen und an der jetzt gemeldeten Kinderstruktur läge.

**Gemeinderat Schwarz** möchte dafür stimmen, die Staffelung nicht zu ändern. Sonst hätten Familien mit vielen Kindern eine überproportionale Belastung. Er werde mit den Grünen stimmen.

**Stv. Amtsleiterin Schlia** meint, es gebe nur wenige Familien mit 4 – 6 Kindern in Pfinztal. Wenn diese Jugendhilfe beziehen, würde diesen Familien alles bezahlt werden. Außerdem gebe es eine Auffangregelung, sollte die Jugendhilfe nicht gewährt werden.

**Gemeinderätin Konstandin** sagt, dass die SPD-Fraktion keinen Deckungsbeitrag von 20 % anstreben würde. Beispielsweise würde ein höheres Gehalt für Erzieherinnen und Erzieher helfen.

**Gemeinderätin Frensch** antwortet auf die Aussage von Gemeinderätin Konstandin, dass das Gehalt der Erzieher nichts mit den Beiträgen zu tun hätte. Sie werde mit keinem der beiden Anträge mitstimmen, da sie eine Erhöhung ablehne. Das Geld sei in den Kindern am besten investiert.

**Bürgermeisterin Bodner** äußert, dass sie gerne alle diese Einrichtungen kostenfrei betreiben würde. Aufgrund hoher Investitionen zum Ausbau des Angebots könne man sich das aber nicht leisten.

**Amtsleiter Dickemann** trägt bei, dass der Deckungsbeitrag deshalb so niedrig sei, da man



mehr ausgeben um die Qualität der Bildungseinrichtungen aufrecht zu erhalten und um keine Wartelisten zu haben.

**Gemeinderat Dr. Gettwert** erachtet die Kostensteigerung bei Kitas als unverhältnismäßig hoch. Der Bund hätte eine Regelung erlassen, dass alle Kinder einen Betreuungsplatz erhalten sollen, weist aber keine Gelder zu. Würde man die Ausgaben für die Flüchtlinge um 8 % kürzen, würde das ausreichen, um die Probleme zu lösen.

**Gemeinderat Schwarz** sagt, man hätte in der Kommune in der Hand zu entscheiden, wofür Gelder ausgegeben werden. Er findet den Vergleich mit der Flüchtlingsbetreuung unangemessen.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der SPD zur Erhöhung der Elternbeiträge in den Schülerhorten wie folgt zu:**

Beitragstabelle Horte

Deckungsbeitrag Eltern **12,90%**

Deckungsbeitrag Eltern **13,14%**

		Beitragssätze Pfinztaler Staffel aktuell						Antrag Bündnis 90/GRÜNE 5%						Antrag SPD 5%					
		1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
Block 1	1 Tag	16 €	8 €	5 €	3 €	2 €	2 €	17 €	8 €	5 €	3 €	3 €	2 €	17 €	9 €	6 €	4 €	4 €	4 €
	2 Tage	32 €	16 €	10 €	6 €	5 €	3 €	34 €	17 €	10 €	7 €	5 €	3 €	34 €	18 €	12 €	8 €	8 €	8 €
	3 Tage	47 €	24 €	14 €	9 €	7 €	5 €	49 €	25 €	15 €	10 €	7 €	5 €	49 €	27 €	17 €	12 €	12 €	12 €
	4-5 Tage	63 €	32 €	19 €	13 €	9 €	6 €	66 €	33 €	20 €	13 €	10 €	7 €	66 €	36 €	23 €	17 €	17 €	17 €
Block 2	1 Tag	11 €	6 €	3 €	2 €	2 €	1 €	12 €	6 €	3 €	2 €	2 €	1 €	12 €	6 €	4 €	3 €	3 €	3 €
	2 Tage	20 €	10 €	6 €	4 €	3 €	2 €	21 €	11 €	6 €	4 €	3 €	2 €	21 €	12 €	7 €	5 €	5 €	5 €
	3 Tage	31 €	16 €	9 €	6 €	5 €	3 €	33 €	16 €	10 €	7 €	5 €	3 €	33 €	18 €	11 €	8 €	8 €	8 €
	4-5 Tage	40 €	20 €	12 €	8 €	6 €	4 €	42 €	21 €	13 €	8 €	6 €	4 €	42 €	23 €	15 €	11 €	11 €	11 €
Block 3a*	1 Tag	26 €	13 €	8 €	5 €	4 €	3 €	27 €	14 €	8 €	5 €	4 €	3 €	27 €	15 €	10 €	7 €	7 €	7 €
	2 Tage	52 €	26 €	16 €	10 €	8 €	5 €	55 €	27 €	16 €	11 €	8 €	5 €	55 €	30 €	19 €	14 €	14 €	14 €
	3 Tage	78 €	39 €	23 €	16 €	12 €	8 €	82 €	41 €	25 €	16 €	12 €	8 €	82 €	45 €	29 €	20 €	20 €	20 €
	4-5 Tage	103 €	52 €	31 €	21 €	15 €	10 €	108 €	54 €	32 €	22 €	16 €	11 €	108 €	59 €	38 €	27 €	27 €	27 €
Block 3b*	1 Tag	33 €	19 €	13 €	11 €	9 €	8 €	35 €	17 €	10 €	7 €	5 €	3 €	35 €	19 €	12 €	9 €	9 €	9 €
	2 Tage	65 €	38 €	27 €	21 €	18 €	16 €	68 €	40 €	28 €	22 €	19 €	17 €	68 €	38 €	24 €	17 €	17 €	17 €
	3 Tage	98 €	57 €	40 €	32 €	27 €	23 €	103 €	60 €	42 €	34 €	28 €	24 €	103 €	57 €	36 €	26 €	26 €	26 €
	4-5 Tage	129 €	75 €	53 €	42 €	36 €	31 €	135 €	79 €	56 €	44 €	38 €	33 €	135 €	74 €	47 €	34 €	34 €	34 €

\*hinzu kommt das Verpflegungsentgelt

\*hinzu kommt das Verpflegungsentgelt

\*hinzu kommt das Verpflegungsentgelt

**Ja-Stimmen: 16**

**Nein-Stimmen: 5**

**Enthaltungen: 1**



**5. Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen  
- Beratung und Beschluss**

Die Diskussion zum Tagesordnungspunkt erfolgte unter TOP Ö4.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der SPD zur Erhöhung der Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen wie folgt zu:**

Deckungsbeitrag Eltern **10,98%**

Erhöhung Erstkind	Antrag SPD					
	Anzahl der minderjährigen Kinder einer Familie					
5%	1	2	3	4	5	6
<b>Kinder bis 3 Jahre</b>						
29-34 h/Woche (RG)	231 €	116 €	69 €	46 €	35 €	23 €
	<b>243 €</b>	<b>133 €</b>	<b>85 €</b>	<b>61 €</b>	<b>61 €</b>	<b>61 €</b>
29-34 h/Woche (VÖ)	274 €	137 €	82 €	55 €	41 €	27 €
	<b>288 €</b>	<b>158 €</b>	<b>101 €</b>	<b>72 €</b>	<b>72 €</b>	<b>72 €</b>
34-39 h/Woche (VVÖ)*	332 €	166 €	100 €	66 €	50 €	33 €
	<b>349 €</b>	<b>192 €</b>	<b>122 €</b>	<b>87 €</b>	<b>87 €</b>	<b>87 €</b>
39-44 h/Woche (GT)*	370 €	185 €	111 €	74 €	56 €	37 €
	<b>389 €</b>	<b>214 €</b>	<b>136 €</b>	<b>97 €</b>	<b>97 €</b>	<b>97 €</b>
44+ h/Woche (GT+)*	470 €	235 €	141 €	94 €	71 €	47 €
	<b>494 €</b>	<b>271 €</b>	<b>173 €</b>	<b>123 €</b>	<b>123 €</b>	<b>123 €</b>
<b>Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt</b>						
29-34 h/Woche (RG)	139 €	70 €	42 €	28 €	21 €	14 €
	<b>146 €</b>	<b>80 €</b>	<b>51 €</b>	<b>36 €</b>	<b>36 €</b>	<b>36 €</b>
29-34 h/Woche (VÖ)	171 €	86 €	51 €	34 €	26 €	17 €
	<b>180 €</b>	<b>99 €</b>	<b>63 €</b>	<b>45 €</b>	<b>45 €</b>	<b>45 €</b>
34-39 h/Woche (VVÖ)*	211 €	106 €	63 €	42 €	32 €	21 €
	<b>222 €</b>	<b>122 €</b>	<b>78 €</b>	<b>55 €</b>	<b>55 €</b>	<b>55 €</b>
39-44 h/Woche (GT)*	241 €	121 €	72 €	48 €	36 €	24 €
	<b>253 €</b>	<b>139 €</b>	<b>89 €</b>	<b>63 €</b>	<b>63 €</b>	<b>63 €</b>
44+ h/Woche (GT+)*	286 €	143 €	86 €	57 €	43 €	29 €
	<b>300 €</b>	<b>165 €</b>	<b>105 €</b>	<b>75 €</b>	<b>75 €</b>	<b>75 €</b>

\*hinzu kommt das Verpflegungsentgelt

Fettdruck: Antrag

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 7

Enthaltungen: 1



**6. Friedhofsatzung der Gemeinde Pfinztal  
- Kalkulation der Bestattungsgebühren  
- Beratung und Beschlussfassung**

**Amtsleiter Dickemann** erklärt, dass das Thema bereits im Ausschuss beraten worden sei. Er möchte noch die Rückmeldung der Rechtsaufsicht bezüglich der Satzung weitergeben. Man hätte das öffentliche Grün noch stärker mit einrechnen müssen, dies mache die Satzung rechtswidrig.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** findet es schade, dass Kinder laut der Rechtsaufsicht nicht kostenfrei sein dürfen. Ansonsten erteile sie Zustimmung. Sie möchte aber wissen, ob das Thema „Sarggröße“ so korrekt sei oder ob der Satz nicht rausmüsse.

**Amtsleiter Dickemann** antwortet, dass dies früher so in die Satzung reingeschrieben worden sei. Zukünftig könne man gerne über eine generelle Satzungsänderung sprechen.

**Gemeinderätin Eisenbusch** stimmt der Vorlage und auch dem Beitrag von Gemeinderätin Lüthje-Lenhart zu. Sie sei der Meinung, dass sich die Friedhöfe verändern müssten, wenn mehr Geld reinkomme. Baumbestattungen werden beispielsweise immer häufiger angefragt. Von der Verwaltung sollten Vorschläge zur moderneren Gestaltung der Friedhöfe kommen.

**Amtsleiter Bauer** sagt, dass es auch Wunsch der Verwaltung sei, zu klären, wie es mit den Friedhöfen in Zukunft weitergehen soll. Er hätte bereits einen Termin mit einem Expertenbüro bzgl. gärtnergepflegter Grabfelder gehabt. Im Gespräch kam auf, dass es für Gärtner unattraktiv sei, wenn viele Grabmöglichkeiten angeboten werden würden. Man sei aber zuversichtlich, Lösungen zu finden. Es bestehe kein Interesse, große Summen für die Planungen auszugeben. Man benötige aber die Sicht von Experten von außen.

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat beschließt die Ziffern 1-3 der Kalkulation (Anlage 2, S. 8), sowie die in Anlage 1 vorgeschlagene Fassung der Friedhofsatzung.**

**Ja-Stimmen: 20**

**Nein-Stimmen: 0**

**Enthaltungen: 2**

**7. Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)  
- Beratung und Beschlussfassung**

**Amtsleiter Dickemann** leitet den Tagesordnungspunkt ein. Die Grundsteuerreform würde derzeit viele beschäftigen. Es sei auch bereits im Ausschuss diskutiert worden. Sobald verlässliche Zahlen vom Finanzamt vorliegen würden, müsse man im kommenden Jahr nochmal darüber beraten.

**Gemeinderat Drescher** trägt bei, dass sich Baden-Württemberg für das Bodenrichtwertmodell entschieden hätte. Es sei wichtig, dass Aufkommensneutralität sichergestellt sei. Der Vorschlag der Verwaltung werde unterstützt.

**Gemeinderat Ringwald** sagt, dass sich der Ausschuss einheitlich für die 231 % entschieden hätte. Wirtschaftsförderung werde sehr begrüßt.



**Gemeinderat Hörter** ist der Meinung, dass das Steuermodell aufgrund der Grünflächen nicht ganz fair sei.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Hebesatzsatzung mit Wirkung vom 01.01.2025.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**8. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung  
(Abwassersatzung – AbwS)  
- Beratung und Beschlussfassung**

**Amtsleiter Dickemann** erklärt, dass das Thema bereits vorberaten worden sei. Es gebe keinen Ermessensspielraum. Die Gebührensätze seien kalkuliert worden, der größte Kostenfaktor sei die Kläranlage. Der aktuelle Gebührensatz würde sich auf 2,87 € pro qm erhöhen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt

1. die Gebührenkalkulation für die Abwasserbeseitigung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und
2. die in Ziff. 6.3 genannten Feststellungen.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**9. Änderung der Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage  
und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser  
(Wasserversorgungssatzung – WVS)  
- Beratung und Beschlussfassung**

**Amtsleiter Dickemann** erklärt, dass hier ein Ermessensspielraum vorgelegen hätte. Der Ausschuss hätte vorgeschlagen, die Gebühr bei 2,80 € zu belassen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Wasserversorgungssatzung, die Gebührenkalkulation und den in Ziff. V genannten Feststellungen zu folgen.

Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.



## 10. Anpassung Preisliste Hallenbad Söllingen ab 2025 - Beratung und Beschlussfassung

**Amtsleiter Dickemann** leitet den Tagesordnungspunkt ein, dieser sei schon im Ausschuss vorberaten worden. Über die Erhöhung sei man sich einig gewesen. Es solle schrittweise 2025 und 2027 erhöht werden.

*Die Übersichtstabelle zur Schrittweisen Erhöhung befindet sich in den Sitzungsunterlagen.*

### Beschluss:

**Der Gemeinderat beschließt die Anpassung der Preisliste des Hallenbads Söllingen entsprechend dem Vorschlag des Verwaltungs- und Finanzausschusses in Anlage 2.**

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:**

**Ja-Stimmen: 21**

**Nein-Stimmen: 1**

**Enthaltungen: 0**

## 11. Mitteilungen der Bürgermeisterin

**Bürgermeisterin Bodner** informiert über den Termin zur Waldbegehung am 22.11.2024. Im Jahr 2025 werde die Begehung wieder im Frühjahr stattfinden.

## 12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

**Gemeinderätin Schaier** informiert, dass sie mit Herrn Ziegler über das Projekt „Naturnah dran“ gesprochen hätte. Es gebe viele Anlagen, die nicht gepflegt werden könnten, da keine Gärtner verfügbar seien. An vielen Stellen sei gesagt worden, dass beispielsweise verblühtes nicht mehr geschnitten oder gemäht werden könnte, um dies für Insekten zur Verfügung zu stellen. Auf dem Friedhof könne man das aber nicht so handhaben. Öffentliche Flächen sollten gepflegt aussehen.

**Gemeinderat Dr. Rahn** stimmt den Aussagen von Gemeinderätin Schaier nicht zu. Ungemähte Flächen seien für Insekten sehr wichtig, da ein erschreckender Rückgang verzeichnet worden wäre. Außerdem sei in der Nähe des Sonnenhofs kürzlich eine Fläche planiert worden für ein künftiges Vorhaben. Es sei im Außenbereich und im Landschaftsschutzgebiet. Er bittet um Prüfung, was da vorgehe.

**Gemeinderat Dr. Gettwert** möchte wissen, was der Sinn einer Waldbegehung sei.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, dass Revierförster Köpf einmal im Jahr aufzeigen würde, wie der Wald in Pfinztal bewirtschaftet werde und was im Wald passiere.

**Gemeinderat Rothweiler** möchte wissen, warum in der Oberlinstraße ein Haus abgerissen worden sei. Es sei keine Abbruchgenehmigung erteilt worden.



**Herr Schmid** nimmt die Anfrage zur Prüfung mit. Er sagt, dass man nicht immer eine Genehmigung für einen Abbruch benötigen würde.

**Gemeinderat Hruschka** möchte wissen, warum auf öffentlichen Plätzen keine Sträucher mehr geschnitten werden würden aber der BUND teilweise Flächen platt machen würde.

**Bürgermeisterin Bodner** nimmt dieses Thema zur Klärung im Anschluss an die Sitzung mit.

### 13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Eine Bürgerin** aus Wöschbach trägt bei, dass in der heutigen Sitzung viele Erhöhungen beschlossen wurden. Sie bedankt sich bei der ehemaligen CDU-Fraktion, die damals den Bahnübergang beschlossen hätte und deshalb der Haushalt heute so schlecht aussehe.

**Eine Bürgerin** erfragt den aktuellen Stand zum Haus Edelberg.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, dass diese Informationen zunächst nichtöffentlich bleiben würden.

**Ein Bürger** bittet um einen Gesamtüberblick zur Infrastruktur in den Pfinztaler Bildungseinrichtungen.

**Frau Schlia** antwortet, dass jährlich ein Kindergartenbedarfsplan erstellt werde. Der nächste werde zum 01.03.2025 erstellt.

**Ein Bürger** äußert seine Enttäuschung über den Beschluss zum Thema Lärmsanierung. Er hätte eine Wurfsendung erwartet mit Informationen oder einer Einladung zu einer Informationsveranstaltung. Er empfiehlt, bei solchen Themen Fachexpertise zu Sitzungen dazu zu holen. Außerdem bemängelt er, dass es zu wenige E-Ladestellen in Pfinztal gebe.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schriftführung

\_\_\_\_\_  
Bürgermeisterin  
Nicola Bodner

\_\_\_\_\_  
Gemeinderat Dr. Rahn

\_\_\_\_\_  
Sarah Riegel

\_\_\_\_\_  
Gemeinderat Wenz